



Sehr gutes Jahr für Bayer – aber nicht für die Beschäftigten

In dem am 9.11.2005 veröffentlichten Geschäftsbericht der Bayer AG lobt sich der Vorstandsvorsitzende Wenning: „2005 – das lässt sich jetzt schon sagen – ist ein sehr gutes Jahr für Bayer“. Alle Teilkonzerne machen ein gutes Plus, auch die lange Zeit kritisierte Pharmasparte schnitt mit Umsatz und Ergebnisplus lobenswert gut ab.

Trickserei

Um so mehr stößt die Entscheidung des Vorstandes, bereits in diesem Jahr keine übertarifliche Jahresleistung zu zahlen, auf Unverständnis und Unmut. Für Tagschichtmitarbeiter ist die übertarifliche Jahresprämie in der Regel ohne große Auswirkungen, hier fallen Beträge von durchschnittlich 2 bis 20 Euro weg. Für viele Schichtkollegen sieht die Rechnung anders aus. Denn die übertariflichen Schichtzulagen, die für diese Berechnung herangezogen würden, haben in den vergangenen Jahren eine übertarifliche

Jahresprämie von bis zu 1000 Euro ausgemacht. Ende Oktober zu erfahren, dass Ende November weniger ausgezahlt wird als erwartet, ist kein schöner Zug.

Von den Mehrheitsbetriebsräten erfolgt Schulterzucken. Noch nicht einmal ein verbaler Protest war zu hören. Politischer Druck einer Gewerkschaft sieht anders aus.

Taschen- spielertricks

Damit die eiskalte Streichung nicht so auffällt, wurde die mit dem Tarifabschluss vereinbarte Einmalzahlung – die spätestens im Februar 2006 zu zahlen gewesen wäre – auf Mitte

November vorgezogen. Dafür loben sich nun die IG BCE-Betriebsräte auf allen Ebenen. Alle Tarifmitarbeiter in sog. Normalschicht (=Tagschicht) erhalten 24%, Mitarbeiter in Teilkonti 27% und Vollkontimitarbeiter 32% eines durchschnittlichen monatlichen Tarifentgeltes als Einmalzahlung.

Dies ist aber vereinbartes tarifliches Entgelt – und kann für die Streichung

von Anteilen der Jahresprämie in keiner Weise entschädigen.

Bleibt das tolle Gefühl, dass die Belegschaft die Steigerung des operativen Ergebnisses aus eigener Tasche mitfinanziert.

Wir sind schon Klasse, stimmt's, Herr Wenning?



Überleitungsvereinbarung für AI ist beschlossen

Am 17. November hat der Wuppertaler Betriebsrat der Überleitungsvereinbarung zugestimmt. Vorhergegangen waren mehrwöchige Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Personalabteilung BHC – die ihrerseits mit dem zukünftigen Besitzer verhandelte. Voraussichtlich zum 1.4.2006 soll der Betriebsübergang stattfinden.

Einige Punkte konnten zu Gunsten der Beschäftigten geregelt werden. So

konnte eine Fortführung der Altersversorgung in absolut gleichwertiger Form zur derzeitigen Pensionskassenregelung erreicht werden. Nachdem der neue Besitzer von vorne herein ausgeschlossen hat dem Arbeitgeberverband Chemie beizutreten und somit auch keine Tarifbindung eingehen wollte, konnte immerhin festgeschrieben werden, dass in den ersten 2 Jahren die geltenden Tarifverträge angewandt

werden.

Eine wesentliche Forderung der Beschäftigten konnte hingegen nicht vereinbart werden: Eine Rückkehrgarantie bzw. einen Risikoabschlag („Abfindung“) für den Wechsel in das neue Unternehmen lehnte Frau Lohkamp kategorisch ab. Nach den letzten Geschäftszahlen steht fest, dass Bayer nicht am Hungertuch nagt – umso unverständlicher ist es, dass das Unternehmen auf die berechtigten Forderungen der Beschäftigten auch nicht ansatzweise eingehen will. So tragen die Beschäftigten mit ihren Familien das Risiko alleine. Das Unternehmen hat sich hingegen für den schlimmsten Fall, z.B. einer Insolvenz der neuen Firma, abgesichert.

Betriebsversammlung
am Montag, dem 28. November 2005
um 9:30 Uhr in der Sporthalle Rutenbeck

Gewinnschub

Das Geschäftsergebnis übertrifft die Erwartungen, der Gewinn hat sich im 3. Quartal mehr als verdoppelt und auch für den Rest des Jahres werden gute Zahlen erwartet. Als stärkster Wachstumstreiber hat sich BHC erwiesen. Soweit die Arbeitgeberseite. Die Arbeitnehmer erhielten eine Lohnerhöhung, die bei unverschämte gestiegenen Ölpreisen und zunehmenden Belastungen durch sogenannte Reformen nicht mal einen Reallohnverlust verhindert.

Aber es nimmt nicht nur die Einkommensungerechtigkeit zu. Trotz blendender Geschäftslage wird weiter Personal abgebaut. Und das halten wir für einen gesellschaftlichen Skandal. Nicht weil Menschen älter oder kränker werden, sind die Sozialsysteme gebeutelt, sondern durch fortwährende Entlastungen der Unternehmer, sei es durch Steuerreduzierung oder Senkung der „Lohnnebenkosten“ und die dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit. Es kommt nicht mehr soviel Geld in die Kassen, wie

zu den Zeiten vor den großen „Reformen“.

Zwischenbilanz

Im Rahmen des in den letzten Jahren ausgerufenen Umbaus des Konzerns haben seit 1995 (seit 1997 gibt es die sogenannten Standortsicherung) 43 Ausgliederungen und Verkäufe und der Abbau von 15.000 Arbeitsplätzen, davon 9.000 in Deutschland, stattgefunden. Damit einher ging die Streichung aller Werksbuslinien, die Verschlechterung der betrieblichen Altersversorgung für Neubeschäftigte, heftige Kürzungen im Übertarif, Verschlechterungen für Schichtarbeiter, die Abschaffung von Kindertagesstätten, Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. (Quelle Flugblatt IG BCE Leverkusen, Oktober 2005). Der ganze Verzicht sollte der Sicherung der Arbeitsplätze dienen. Aber die



ist nicht in Sicht. Als nächste größere Attacke steht die Zerschlagung von BIS (Handwerker, Feuerwehr, Werkschutz etc.) zur Diskussion. Wir sind der Auffassung, dass dieser Entwicklung der Bereicherung weniger Reichen auf Kosten einer großen Mehrheit der Bevölkerung auf allen Ebenen Einhalt geboten werden muss.



BigBrother Awards 2005 für Deutschland verliehen

Die BigBrother Awards wurden in diesem Jahr zum 6. mal verliehen. Unter anderem wurde das „Lebenswerk“ von Otto Schily gewürdigt. Begründung war der Ausbaus des deutschen und europäischen Überwachungssystems auf Kosten der Bürger- und Freiheitsrechte und sein Anteil an der Einführung eines biometrischen Reisepasses, der mit seinem funkenden Chip ein Bewegungsprofil ermöglicht. In der Kategorie Technik wurde der Preis für die schleichende Degradierung von Menschen zu überwachten Objekten durch Videoüberwachung verliehen.

Weitere Infos gibt es auf <https://www.bigbrotherawards.de>

Betriebsräte der Belegschaftsliste; V.i.S.d.P. M.Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan

Klaus Annuß, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;
Gonda Dörschelln, PH-OP ELB QW, Geb. 25, Tel. 2816
Ralf Hochwald, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345
Siegbert Hufschmidt, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. 7543
Björn Reitz, PH-OP ELB QW, Geb. 11, Tel. 2765
Beatrix Sassermann, PH-R&D PRR, Geb.402, Tel. 4284

Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb.54, Tel.2546
Gabi Stallony, PH-R EU-CF (CWL), Geb. 460, Tel. 5519
Erste Ersatzmitglieder:
Hildburg Konopka PH-R AI / BgE, Geb. 405, Tel. 8204
Michael Groß, PH-PD-BioAnalytik, Geb. 468, Tel. 4265
Thomas Preuss, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7683

Betriebsratswahl 2006

Am 27. Oktober hatte der Betriebsrat einen Wahlvorstand und seine Sprecherin Gudrun Kiesler (IGBCE) benannt, am 17.11.2005 trat er erstmals zusammen. Als stellvertretender Sprecher des Wahlvorstandes wurde Harald Pauschel (UA) gewählt. Zur Bürounterstützung und Schriftführerin wurde die Betriebsratskollegin Sandra Ernst (IGBCE) benannt. Sie ist nicht Mitglied des Wahlvorstandes und wird zusätzlich für diese Aufgabe von ihrer Arbeit nach Bedarf freigestellt.

Die Belegschaftsliste hatte im letzten Info angekündigt, Vorschläge für eine ordnungsgemäße Durchführung der Wahl einzubringen. Das haben wir getan.

Eine Betriebsratswahl muss so angelegt sein, dass sie geheim und für die Belegschaft transparent ist, sie darf nicht anfechtbar sein.

Der Wahlvorstand wird sich inhaltlich mit unseren Vorschlägen am 1. Dezember beschäftigen.

Unsere Vorschläge in Einzelnen:

Alle Aufgaben und Aktivitäten des Wahlvorstandes werden gemeinsam im Rahmen von Wahlvorstandssitzungen erledigt bzw. festgelegt. Dabei wird garantiert, dass alle im Wahlvorstand vertretenen Gruppierungen jederzeit beteiligt sind.

1. Das Wahlvorstandsbüro ist allen Mitgliedern des Wahlvorstandes in gleichem Maße zugänglich. Es wird zu den beschlossenen Öffnungszeiten gemeinsam durch Wahlvorstandsmitglieder der verschiedenen Gruppierungen besetzt.

Zugriff auf Wahlunterlagen hat ausschließlich der Wahlvorstand, dabei ist jeweils die Beteiligung von mindestens 2 Personen unterschiedlicher Gruppierungen sicherzustellen (- Schränke mit 2 Schlüsseln oder Siegel).

Alle Wahlunterlagen werden nur im Büro des Wahlvorstandes aufbewahrt. Durch geeignete Maßnahmen wird sichergestellt, dass Zugriff auf Materialien des Wahlvorstandes nur gemeinsam möglich ist (Versiegelungen/ Verschluss/ Passwortschutz am PC). Dies regelt der Wahlvorstand im Rahmen einer Geschäftsordnung.

2. Wahlbenachrichtigungen werden ausschließlich an die Privatadresse versandt.
3. Alle Wahlunterlagen werden neu angedruckt bzw. angeschafft:

- bislang nicht verwandte Farbe oder Aufdruck auf Wahlumschlag
- Anzahl der Wahlumschläge festlegen und Ausgabe kontrollieren (Buch führen)
- Rücksendeumschläge in Gestaltung einzigartig machen (Aufdruck BR-Wahl 2006) und in fester Stückzahl erstellen.
- Verbrauch der Rück-

sendeumschläge protokollieren und kontrollieren.

- Rücksendeumschläge nummerieren. Hierfür bietet sich ein zählender Stempelautomat an, der nach Nummerierung der Umschläge versiegelt wird.
 - Stimmzettel nur in begrenzter Stückzahl drucken lassen, Anzahl kontrollieren und protokollieren.
4. Als Rücksende-Adresse eine externe Postfach-Adresse angeben.

Das externe Postfach wird von mind. 2 Mitgliedern des Wahlvorstandes (beide großen Gruppierungen) geleert, andere Zusammensetzungen sind zur Leerung des Postfaches nicht berechtigt.

Eingehende Briefwahlunterlagen werden in einer gläsernen, versiegelten Urne im Wahlvorstandsbüro, die vor Entfernung gesichert ist, gesammelt. Die beim Wahlvorstand eingehenden Rückumschläge zur schriftlichen Stimmabgabe werden in der Wählerliste als „Eingang“ vermerkt und die Urne versiegelt.

5. Versiegelungen der Wahlurnen durch Kennzeichnungen/ Unterschriften aller Wahlvorstandsmitglieder - mindestens aller im Wahlvorstand vertretenen verschiedenen Gruppierungen.
6. Die persönliche Stimmabgabe im

Wahllokal ist vorrangig. Der Wahlvorstand wird alle hierzu notwendigen Voraussetzungen schaffen und unterstützen. Wahltermin soll an 2 Tagen stattfinden, Schichtrythmus-Wechsel berücksichtigen (Mittwoch/Donnerstag, 5.00-17.00 Uhr).

Bitte an alle Beschäftigten, vorzugsweise die persönliche Stimmabgabe vorzunehmen, Briefwahl sollte Ausnahme bleiben.



Die Belegschaftsliste diskutierte zur Betriebsratswahl 2006

Wir haben uns bei unseren Vorschlägen an Erfahrungen und Empfehlungen aus anderen Betrieben orientiert. Niemandem in der Belegschaft ist gedient, wenn nach einem für eine kandidierende Gruppierung ungünstigen Wahlergebnis nach möglichen Manipulationen der jeweils anderen geschieht wird. Deshalb müssen im Vorfeld alle Chancen genutzt werden, dieser möglichen Kritik vorbeugend zu begegnen. Dass dies eventuell einen erhöhten Aufwand bedeutet, ist uns klar. Aber ein Schaden bei später entdeckten Unregelmäßigkeiten wäre ungleich größer.

Naturstoffforschung gründet eigene Firma

Mitte November bestätigten Personalchefin Lohkamp und Noch-Abteilungsleiter Henkel, dass die Aktivitäten der Naturstoffforschung in einer neuen Firma fortgeführt werden sollen. Nachdem die Forschungs- und Pharmaleitung offensichtlich zugestimmt haben, will Herr Henkel noch im November die neue Firma gründen, deren Geschäftsführer er sein wird. Ab Januar 2006 soll die neue Firma zunächst noch in Aprath bleiben, mit Fertigstellung der neuen Firmenräume voraussichtlich im Sommer 2006 erfolgt ein Umzug zum neuen Standort in Dortmund. Insgesamt sollen 14 weitere Personen das Angebot zum Eintritt in seine Firma erhalten. Derzeit arbeiten 22 Mitarbeiter in der Naturstoffforschung.

Zu den Konditionen versprach Herr Henkel die Beibehaltung der heutigen Jahresentgelte, allerdings bei einer 40 Stunden-Woche. Die Finanzierung des neuen Unternehmens ist für zunächst 2 Jahre gesichert, Aussagen für die Zeit danach gibt es nicht. Gleichzeitig sagte er den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2007 auch im neuen Unternehmen zu, um mit den Bedingungen zur Standortsicherungsaussage bei BHC gleichzuziehen. Noch Ende November plant Herr Henkel seine konkreten Angebote an einzelne seiner Mitarbeiter abzugeben (Stand 17.11.2005).

Frau Lohkamp berichtete, dass allen Mitarbeitern, die in das neue Unternehmen wechseln wollen, ein Aufhebungsvertrag mit Abfindung angeboten werde. Zur bekannten Formel werde es einen pauschalen Aufschlag geben, der für alle Mitarbeiter gleich die Belastungen der Ortsveränderung abdecken soll – aber nur, wenn sie tatsächlich in die neue Firma wechseln. In Absprache mit Willy Beumann hat die Personalabteilung den Aufschlag mit 25.000 Euro mittlerweile benannt. Laut Beumann (17.11.) stellen Finanzfragen auf Bayerseite allerdings noch eine ernste Hürde dar.

Ein Arbeitsangebot für das neue Unternehmen wird nicht an alle derzeitigen

Kolleginnen gehen. Aber es wollen auch nicht alle Mitarbeiter mit nach Dortmund ziehen. Zunächst müssen alle Konditionen auf den Tisch, damit alle

KollegInnen ihre Möglichkeiten auch einschätzen können. Die zwischen Personalabteilung und Betriebsratsvorsitzendem Beumann ausgemachte Aufschlags-summe von brutto 25.000 Euro erschwert die Diskussion über individuelle notwendige Ausgleichszahlungen.



Eine mögliche Rückkehrgarantie nach BHC für einen Zeitraum von z.B. 5 Jahren oder Entschädigungen für nicht mehr mögliche Pensionskassenfortentwicklung wird strikt abgelehnt. Ob die angebotenen Abfindungen den KollegInnen zum Ausgleich für das Risiko eines Wechsels in ein neues Unternehmen ausreichen, müssen sie selbst entscheiden. Wer nicht in die neue Firma wechselt, wird ab Januar 2006 in den Pool "bedarfsgerechte Einsätze" versetzt.

Wir bleiben bei unserer Kritik, dass sich das Unternehmen Bayer hier elegant eines Forschungsbereiches entledigt (der laut Herrn Wenning erfolgversprechend ist!). Natürlich wünschen wir einer neuen Firma schon allein im Interesse unserer dorthin wechselnden KollegInnen viel Glück.

(Die Informationen beruhen auf dem uns bekannten Stand vom 17.11.2005)

Die Naturstoffforschung wird bei Bayer aufgelöst, gleichzeitig verkündet Herr Wenning eine Rieseninvestition zum gleichen Segment.

Wir drucken hier eine Anfrage eines Kollegen aus dem Bereich der Naturstoffforschung an Herrn Plischke ab, bis Redaktionsschluss (18.11.2005) leider noch ohne Antwort.

Sehr geehrter Herr Plischke, als Mitarbeiter in der (Noch)-Naturstoffforschung freut es mich sehr, dass Pflanzen und Biotechnologie bei Bayer, wie im BNC Bayer News Channel von der Herbst-Pressekonferenz nachzulesen ist (Absatz siehe unten), scheinbar doch noch von Bedeutung sind.

In meiner Eigenschaft als Aktionär verwundert es mich jedoch, dass 50 Millionen Euro in neue Forschungsprojekte einfließen sollen, obwohl die Naturstoffforschung mit einem Ausgabebudget von 3-5 Mill. Euro hier in Wuppertal zum 1. Jan 2006 aufgegeben werden soll. Auch einige meiner direkten Kollegen und ebenfalls Kollegen aus meinem Umfeld ... finden die von Herrn Wenning gemachte Aussage unverständlich.

Können Sie mir das bitte etwas näher erläutern?

Wenning betonte, dass Bayer in diesem Jahr knapp 2 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung ausgeben werde. "Wir haben mit Abstand das höchste Forschungsbudget aller deutschen Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Branche." Darüber hinaus hat Bayer eine konzernweite Innovations-Initiative gestartet, die unter dem Motto "Inspirationen, Ideen und Innovation" steht und deshalb den Namen "Triple-i" trägt. Mit diesem langfristig angelegten Programm sollen die Mitarbeiter weltweit noch stärker animiert werden, ihre kreativen Ideen und Anregungen einzubringen, um diese in einem eigens geschaffenen Innovationsprozess für den Konzern nutzbar zu machen. Darüber hinaus sollen insbesondere auch solche Ideen und Optionen ausgelotet werden, die jenseits der Teilkonzerne bzw. an deren Schnittstellen bestehen.

"Mit 'Triple-i' wollen wir nicht nur die Innovationskultur bei Bayer fördern, sondern auch allein im nächsten Jahr zusätzlich bis zu 50 Millionen Euro in neue Forschungsprojekte investieren", kündigte Wenning an. **Das erste Geld soll in ein Projekt zur Herstellung pharmazeutischer Wirkstoffe aus Pflanzen fließen. "Ich bin überzeugt, dass dieser neuartige biotechnologische Ansatz in der Lage ist, zukünftig die industrielle Herstellung von Pharmazeutika wesentlich zu verändern", sagte Wenning.** Damit unterstreiche Bayer seinen Anspruch, als Erfinderunternehmen vor allen Dingen durch Innovationen zu wachsen.

Mit freundlichen Grüßen....

Große Koalition: Sozialkahl Schlag wird fortgesetzt

SPD und CDU haben sich darauf geeinigt, den Umverteilungsprozess von unten nach oben weiter fortzusetzen. Einkommensschwache, Gering-, NormalverdienerInnen und RentnerInnen werden durch Steuererhöhungen, Leistungskürzungen und Subventionsabbau künftig weniger Geld in der Tasche haben. Der Anteil der Menschen, die in diesem Land von der gesellschaftlichen Teilhabe abgekoppelt werden, wird wachsen.

Die Politik der Agenda 2010 wird verschärft durch Verschlechterungen beim Arbeitslosengeld II. So sollen für Langzeitarbeitslose unter 25 Jahren künftig möglichst die Eltern aufkommen. Auch soll es für junge Langzeitarbeitslose nicht mehr möglich sein, ausziehen und die Miete bei den Arbeitsagenturen zu beantragen. Allerdings dürften diese Einschränkungen bei jungen Menschen kaum mehr als 500 Millionen Euro bringen. Eingespart

werden sollen 4 Milliarden Euro. Die für 2007 angekündigte Mehrwertsteuererhöhung auf 19% wird verheerende Wirkungen auf Binnenkaufkraft, Reallöhne und Mittelstand haben. Sie wird vor allem die soziale Situation von Hartz-IV-EmpfängerInnen, GeringverdienerInnen und RentnerInnen verschärfen. Menschen, die heute schon gezwungen sind, ihre gesamten Einnahmen in den Lebensunterhalt zu stecken, werden sich noch mehr einschränken müssen.

Der große Koalitionspoker!



Steuergerechtigkeit?

Daran ändert auch die so genannte Reichensteuer nichts. Mit ihr allein wird keine Steuergerechtigkeit hergestellt. Damit der Staat seine Aufgaben, beispielsweise in den Bereichen Bildung oder zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit erfüllen kann, müsste der Spitzensteuersatz wieder spürbar erhöht, müsste die Vermögenssteuer wieder erhoben und die Erbschaftsteuer reformiert werden. Allein mit diesen Maßnahmen ließen sich etwa 45 Milliarden Mehreinnahmen realisieren und eine wie auch immer geartete Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre nicht erforderlich.

Die geplante Lockerung des Kündigungsschutzes (kein Kündigungsschutz in den ersten 24 Monaten) ist ein weiterer Einschnitt in die Rechte der ArbeitnehmerInnen.

Es ist ein Märchen, dass durch solche Maßnahmen auch nur ein Arbeitsloser mehr eingestellt wird.

Der Wegfall der Kilometerpauschale unter 20 km trifft ebenfalls die ArbeitnehmerInnen.

Fatal für die Menschen und den Arbeitsmarkt ist außerdem die geplante Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.

Gegen diese Kahl Schlagpolitik der großen Koalition und den Wahlbetrug der SPD muss es gelingen, gemeinsame Aktionen von Gewerkschaften, Sozialverbänden und sozialen Bewegungen durchzuführen.

Nur der Widerstand der Betroffenen kann die unsozialen Pläne der Großkoalitionäre zu Fall bringen!

PLT-Handwerker in Schicht und Bereitschaft

Seit Sommer diesen Jahres ist eine der Sparmaßnahmen der Produktionsleitung in Erprobung. Auf Schicht befindliche PLT'ler begeben außerhalb der Normalarbeitszeit technische Störungen. Wie schon von den betroffenen Kollegen vor Beginn der Maßnahme befürchtet: Es läßt sich nicht immer der Umfang der anfallenden Arbeiten im Vorhinein abschätzen, so dass der Einsatz in anderen Betrieben länger als abgesprochen dauert und der Kollege auch dem entsprechend lange an seinem eigentlichen Arbeitsplatz fehlt. Die Kollegen erwarten von der Produktionsleitung bei der zugesagten Resümee – Besprechung Ende des Jahres eine Übersicht, was an Bereitschaftskosten eingespart wurde und ein Konzept für eine entsprechende Vergütung ihrer zusätzlichen Tätigkeit.



BIS (Bayer Industry Services) wird geschlachtet

Bei der Zerschlagung der Bayer AG war es absehbar, dass dies nicht das Ende der Arbeitsplatzvernichtung sein würde. Auch wenn der Aufsichtsrat und die IG BCE wie üblich versuchten, die Belegschaften von der Notwendigkeit zu überzeugen und zu beruhigen.

Die Ausgliederung von Lanxess mit ca. 20.000 Betroffenen weltweit war ein weiterer Schritt der Zerschlagung. In diesem Zusammenhang dümmerte es selbst dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Gipperich im März 2004, dass dies Auswirkungen auf die Service-Gesellschaften haben muss.

Anderthalb Jahre später ist es dann so weit: Lanxess und Bayer wollen Kosten einsparen. Dass dies über Stellenabbau, Verlängerung der Arbeitszeit und den Abbau diverser sonstiger Leistungen geschehen soll, verwundert keinen wirklich. Jetzt versucht die IG BCE mit ihrem bereits seit Jahren gescheiterten Weg der Sozialpartnerschaft mit der Unterneh-

mensleitung die Auswirkungen zu begleiten. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (18.11.05) wurde noch kräftig verhandelt.

Am 04.11.05 rief die IG BCE in Leverkusen die Beschäftigten zu einer „politischen Mittagspause“ nach Teilnehmer-schätzung-

en ca. 3000 Beschäftigte zusammen, die den Werksleiter Bahnmüller auspfiffen, als dieser die Firmenpolitik verteidigte.

Die Teilnehmer bezweifelten jedoch, dass eine einmalige Aktion ihre Situation wesentlich verbessern würde – aber zu mehr als einer Mittagspausenaktion konnte und wollte die IG BCE sich bislang nicht entscheiden.

Am 16.11.05 auf der Leverkusener Betriebsversammlung ging es dann heiß her. Bahnmüller erhielt Redeverbot, die Belegschaft wollte gegen den Willen des Betriebsratsvorsitzenden de Win über den Vortrag von Wenning diskutieren. Obwohl sich die Belegschaft mit ihrem Ansinnen durchgesetzt hat und deutlich machte, dass sie sich weder von Bayer noch der IG BCE verschaukeln lassen will, gab es keine positiven Zusagen z.B. zur Zukunft von BIS in der Versammlung.

"BIS" hierhin - und nicht weiter !?



Termine - - - Termine - - - Termine

24.11.2005	19.00 Uhr	Stammtisch Pharma-Mitarbeiter-Netzwerk „phmine“ im Rojan
28.11.2005	09.30 Uhr	Betriebsversammlung in der Bayer-Sporthalle Rutenbeck
05.12.2005	19.30 Uhr	„Aufruhr in den Städten“, Diskussionsabend mit Bernard Schmid, Journalist aus Paris, Alte Feuerwache in Elberfeld
15.12.2005	20.00 Uhr	Kabarett „Duotica“, Rex – Theater (Karten bei uns, Tel.: 2546 oder 7543)

Rentenklau, Sozialdumping und Gegenwehr in Europa

Der Neoliberalismus mit seinen negativen Auswirkungen hält in den meisten Ländern Europas Einzug. Allerdings sind die Zeitpunkte, die Auswirkungen und die Gegenwehr zum Teil mit Unterstützung der Gewerkschaften und/oder Parteien sehr unterschiedlich. Wir möchten einige Länder kurz beleuchten.

- Die konservative Regierung Berlusconi in **Italien** versucht seit längerem, Arbeitsbedingungen wie Kündigungsschutz oder Arbeitszeiten aber auch das Rentensystem „flexibler“ und preiswerter zu gestalten. Dazu hat es Mitte 2003 Generalstreiks in Italien gegeben, die das öffentliche Leben teilweise für kurze Zeit lahm gelegt und die Mitte-Rechts-Regierung in eine Krise gestürzt haben. Zwei Jahre später ist Berlusconi immer noch Ministerpräsident und hat Teile seiner Reformvorhaben durchgesetzt, allerdings mit Zugeständnissen an Gewerkschaften und Opposition.
- Gegen die 2003 von der rechts-konservativen Regierung Schüssel in **Österreich** vorgelegten Pläne zur Rentenreform machte der Gewerkschaftsbund Österreich mobil. Im Mai 2003 erlebte unser Nachbarland den größten landesweiten Streik seit 50 Jahren, dem mehrere Streiks in für Österreich nennenswerten Ausmaßen folgten.
- In **Griechenland** gehen in diesen Tagen die Gewerkschaften gegen die unsoziale Sparpolitik ihrer Regierung auf die Straße. Anfang November wurde Athen von der protestierenden Bevölkerung weitgehend lahm gelegt. Für Mitte Dezember 2005 hat die griechische Gewerkschaft zu einem Generalstreik aufgerufen. Gründe sind ein beabsichtigtes Anheben des Renteneintrittsalters, das Absenken der Renten selber sowie weitere Verschlechterungen in fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens.
- Unsere holländischen Nachbarn haben mit ihrem NEIN zur EU-Verfassung im Sommer 2005 ein Ausrufezeichen gesetzt. Gegen diese sozial unausgewogene Ver-

fassung und gegen die Mitte-Rechts-Regierung setzten die **Niederländer** ein so deutliches Zeichen, dass das politische Europa in seinen Grundfesten erschüttert wurde.

- Auch die Franzosen haben im Sommer 2005 die EU-Verfassung abgelehnt. Zu viele Punkte hätten eine Verschlechterung für unsere französischen Nachbarn dargestellt. Die Lockerung des Kündigungsschutzes (ist aktuell auch von CDU/SPD vorgesehen) in den ersten zwei Beschäftigungsjahren, aber auch die aktuelle Sozial- und Kostenentwicklung in **Frankreich** trieb die französischen Gewerkschaften im Oktober gemeinsam zu einem Generalstreik auf die Straße. Die momentane Entwicklung mit einem landesweiten Ausnahmezustand ist sicherlich der Ausdruck des sozialen Gefälles und der Hoffnungslosigkeit von Migranten in Frankreich. Hierzu möchten wir auf eine spezielle Veranstaltung im Dezember aufmerksam machen – siehe Termine.

- Die beiden großen Gewerkschaftsverbände **Belgiens** machten an zwei Tagen im Oktober 2005 ernst. Sie riefen zu Protesten gegen die sozialen Verschlechterungen, gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters und Kürzung der Renten auf. Und die belgischen Arbeitnehmer legten das Land mit zwei Generalstreiks lahm. Die Gewerkschaften haben weitere Aktionen angekündigt, sollte die belgische Regierung ihre Pläne nicht fallen lassen.

- **Deutschland:** bei uns werden täglich neue Horrormeldungen bekannt. Der Kündigungsschutz soll aufgeweicht, das Renteneintrittsalter abermals erhöht werden auf dann 67 Jahre. Hartz IV – Bezieher sollen jetzt komplett an den Bettelstab getrieben werden und Unternehmen und Öffentlicher Dienst tun das ihrige dazu: die Arbeitszeiten werden überall verlängert, die Urlaubszeiten gekürzt und die übertariflichen Leistungen gestrichen.
- Und „unsere“ Gewerkschaften? Sie begleiten den Sozialkahl-schlag „sozialpartnerschaftlich“. Von ihrem ursprünglichen Anspruch, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, haben sie sich offensichtlich verabschiedet. Keine Gegenwehr, kein Aufbäumen. Selbst der massenhafte Mitglieder-schwund lässt bei unseren Gewerkschaftsfunktionären keine Alarmglocken mehr läuten.



Demonstration in Belgien, im Oktober 2005

Offensichtlich müssen Beschäftigte in Deutschland ihre politischen und sozialen Interessen selber in die Hand nehmen und dafür sorgen, dass nicht noch 70-jährige Arbeitnehmer eine 45-Stunden-Woche bekommen, um anschließend in eine staatliche Rente gehen zu müssen, die zuviel zum Sterben aber auch sicher zu gering ist, um angemessen seinen Lebensabend verbringen zu können.

Wer hat an der Uhr gedreht?

Es ist schon erstaunlich, welches reichhaltige Angebot B2B-Benutzern bei Bayer zur Verfügung steht.

Durch Zufall hat ein Kollege einen interessanten Büroartikel gefunden:

Eine Wanduhr mit zahlreichen Funktionen ist dort zu erstehen.

Nichts Besonderes, wenn nicht eine dieser Funktionen eine versteckte Kamera wäre!

Das ist doch interessant, man muss sich doch fragen, wofür man solch eine Uhr am Arbeitsplatz braucht.

Vielleicht für Ausschnitte aus dem Berufsleben für die Lieben zu Hause oder für die bessere Koordination der Pausenzeiten? Oder vielleicht doch für ganz was Anderes?

Manch einem wird da schon das Passende zu Einfallen.

Eine Hilfe bietet da die Kurzbeschreibung der Wanduhr: **Perfekt getarnt spioniert sich's am besten!**

Lieferantenartikelnr.	444-1815
Lieferant	RS Components GmbH
Kurzbezeichnung	Wanduhr mit Kamera ▶ Optoelektronische Überwachung (Arbeitssicherheit) (40-02-06-20)
Hersteller	SURE24
Herstellerartikelnr.	CTIMEMWK
EK-Gruppe	C21
Mindestbestellmenge	1 Stück
Durchschn. Lieferzeit	7 Tag(e)
Katalogversion	18
Preis	EUR 165,50

Wir schenken uns nichts

Mutti rumort in der Küche, Papa schmückt den Baum. Die Verwandten sind im Anflug und das Telefon steht nicht still. Die Gans ist immer noch nicht gar. Sahne ist aus und die Geschäfte sind schon längst zu. Die Kugeln vom letzten Jahr sind kaputt und die Lichterkette schlägt Funken. Der Baum brennt. Weihnachten ist ja eine so schöne Zeit. Gibt es was Schöneres? Geschichten aus dem Leben: Von schmelzenden Fürst Pückler Rouladen, kratzigen Strumpfhosen, feuchten Tannenküssen, der desolaten Verwandtschaft und ähnlichem. Zielsicher werden die alltäglichen Grausamkeiten geortet und in locker-leichter Börsartigkeit serviert.

Wo und Wie?

Weihnachtsmusikkabarett mit Duotica im Rex Forum Maximim.

Die Belegschaftsliste hat noch (wenige) Karten für die bereits ausverkaufte Vorstellung am 15.12.2005 ab 20.00 Uhr zum ermäßigten Preis von 10 Euro. Also nix wie los.

Preisausschreiben

Wer hat's gesagt?

"Im Gefolge des Wandels der Daseinsbedingungen haben sich unversehens Vorstellungen in die menschliche Gesellschaft eingeschlichen, wonach der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Wettbewerb das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln ein absolutes Recht, ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber, darstellt. ... Man kann diesen Missbrauch nicht scharf genug verurteilen...."

1. Karl Marx
2. Willy Brandt
3. Papst Paul VI.
4. DGB- Grundsatzprogramm von 1968
5. Oskar Lafontaine
6. Konrad Adenauer

Das (soziale) Klima, auch bei Bayer, wird immer kühler. Unter den richtigen Einsendungen werden drei Schals - gegen den eisigen Gegenwind - verlost. (Einsendeschluss: 6.12.2005)

KOLLEGE KARL

